

An die
Medien

Dortmund

26.04.06

PRESSEMITTEILUNG

**Landesregierung rudert bei Kürzungen zurück:
Armutszeugnis für Dortmunder CDU und FDP !**

Für die GRÜNEN im Rat sind die Diskussionen innerhalb der schwarz-gelben Landesregierung um eine Abmilderung der geplanten Kürzungen bei der Kinder-, Jugend- und Familienförderung ein Armutszeugnis für die Dortmunder Fraktionen von CDU und FDP.

Birgit Unger, Fraktionssprecherin der GRÜNEN: „Auch wenn das angekündigte Sonderprogramm der Landesregierung für Kindergärten völlig unzureichend ist: Es ist zumindest ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Damit tragen die vielfältigen Proteste gegen die massiven Kürzungsabsichten erste Früchte.“

Bekanntlich hatte die Landesregierung Pläne vorgelegt, im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe rund 240 Millionen Euro einzusparen. In Dortmund würde dies alleine bei den Tageseinrichtungen für Kinder zu einem Verlust von 5,3 Millionen Euro führen.

Birgit Unger: „Während in anderen Städten auch CDU und FDP-Fraktionen gegen die geplanten Einsparungen auf die Barrikaden gegangen sind, haben CDU und FDP in Dortmund bis jetzt bei jeder Diskussion die Kürzungspolitik ihrer Landesregierung gerechtfertigt. Unsere Resolution im Rat gegen die Einsparungen haben sie genauso wenig mitgetragen wie den Antrag der Jugendverbände im Kinder- und Jugendausschuss, die Volksinitiativen zur Beibehaltung der

Kinder- und Jugendförderung zu unterstützen. Das jetzige teilweise Zurückrudern der Landesregierung und die Einsicht, dass die Kürzungen so wie geplant nicht durchsetzbar und unsozial sind, sind jedenfalls nicht auf die Aktivitäten von CDU und FDP hier vor Ort zurück zu führen. Im Gegenteil: Die haben die Kürzungen massiv verteidigt. Das Armutszeugnis für Herrn Hengstenberg und Frau Dr. Littmann könnte größer nicht sein.“

Unabhängig von einer Abmilderung der Einsparungen im Bereich der Kindergärten fordern die GRÜNEN auch weiterhin die gesamte Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienförderung. Ein solcher Schritt ist auch die logische Konsequenz aus den beiden erfolgreichen und von den GRÜNEN unterstützten Volksinitiativen gegen die geplanten sozialen Einschnitte, die landesweit innerhalb weniger Wochen über 225.000 Unterschriften gesammelt haben.

„Die GRÜNE Landtagsfraktion hat bereits in einem umfangreichen Antragspaket deutlich gemacht, durch welche Maßnahmen die Kürzungen verhindert und ausgeglichen werden können. Es gibt also auch auf Landesebene eine Alternative zu CDU und FDP“, so Birgit Unger abschließend.